

LANDWIRTSCHAFT

Bloß keine Gefälligkeiten



Augen zu und durch. Arthur Besch, Direktor der Veterinärverwaltung bei der Pressekonferenz zu den Missständen in Friesingen. (Foto: RK)

Die Agrarpolitik solle sich künftig am Wohl der Konsumenten ausrichten, hatte die Regierung nach der BSE-Krise angekündigt. Obwohl in Luxemburg manches besser wurde, reichen die Kontrollmechanismen noch immer nicht aus.

(RK) - "Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, EU-Agrarpolitik ... das Thema ist ein bisschen breit gefasst", stellte Minister Fernand Boden in seiner Antwort auf die Interpellation des Grünen Henri Kox fest. Er konzentrierte sich lieber auf "das wichtigere Thema", die neuen EU-Bestimmungen - und ging damit den unbequemen Fragen des Abgeordneten aus dem Weg. Ausgangspunkt der Interpellation vom vergangenen Dienstag war die Orientierungsdebatte zur Agrarpolitik und zur Lebensmittelsicherheit von Juli 2001, kurz nach der BSE-Krise. Henri Kox wollte wissen, was aus den damaligen Beschlüssen und guten Vorsätzen geworden sei.

Eine der Fragen, die der Minister unbeantwortet ließ, war die nach der Modernisierung der Luxemburger Analyse-Laboratorien. Während der BSE-Krise war bemängelt worden, dass Gewebeproben ins Ausland geschickt werden mussten. "Sowohl das Veterinär- als auch ein Privatlaboratorium können derzeit anerkannte BSE-Tests durchführen", sagt Félix Wildschutz. Das gelte auch für andere Analysen. Das Staatslaboratorium zum Beispiel könne Lebensmittel auf bestimmte Gentech-Verunreinigungen überprüfen.

Und eine Dioxin-Veseuchung in Futtermitteln, wie sie vergangene

Woche in den Niederlanden festgestellt wurde? "Das müssen wir im Ausland untersuchen lassen. Solche Tests sind sehr aufwändig und kosten über 500 Euro", erläutert Félix Wildschutz. Im Rahmen europäischer Programme veranlasst die Luxemburger Veterinärverwaltung unter anderem Dioxin-Analysen - insgesamt mehrere hundert Untersuchungen pro Jahr. Dabei werden Futtermittel, Urin- und Kotproben aus den landwirtschaftlichen Betrieben sowie Gewebeproben aus Schlachthäusern und Einzelhandel auf Rückstände wie Dioxin und Antibiotika untersucht.

Wenn gefährliche Stoffe gefunden werden, tritt das europäische Frühwarnsystem in Aktion. Alle Regierungen werden informiert, ob belastete Waren in ihr Land geliefert wurden. Dieses System funktioniert aber nur so gut, wie die Buchführung der Firma, von der die Verseuchung ausgeht. Beim niederländischen Dioxin-Skandal wurde Luxemburg mitgeteilt, dass kein Betrieb betroffen sei. Eine Kontrolle darüber, wer welche Futtermittel importiert, hat die Veterinärverwaltung allerdings nicht, eine Folge des EU-weiten freien Warenverkehrs.

Steife Ohren

Der "freie Tierverkehr" indes ist strenger geregelt. Bei Kühen und Rindern kann genau verfolgt werden, wo sie geboren, wo sie aufgezogen und wo sie geschlachtet wurden. In Luxemburg werden die Ohren mitsamt der Ohrmarke tiefgefroren aufbewahrt. Das ermöglicht es, anhand einer DNA-Analyse bei jedem Steak zu prüfen, ob es wirklich von dem Tier stammt, dessen Nummer auf dem Etikett steht. "Wir machen 30 bis 40 DNA-Tests im Jahr. Die Ergebnisse sind relativ gut, bei etwa 95 Prozent der Proben gibt es Übereinstimmung", sagt Félix Wildschutz. "Wenn wir feststellen, dass größere Mengen Fleisch nicht identifizierbar sind, können wir es auch beschlagnahmen." Diese "relativ gute" Situation scheint ExpertInnen und PolitikerInnen zu reichen, die "traçabilité" des Rindfleisches immer wieder als "perfekt" zu bezeichnen.

Wie streng kontrolliert wird, diese Frage stellt sich auch in einem anderen Bereich, der am Dienstag in der Chamber Thema war: beim Tierschutz. Für Aufregung hatten im vergangenen Juli eine RTL-Reportage über einen Bauernhof bei Friesingen sorgt, wo Rinder kniehoch im Dreck standen und Kadaver von Schafen illegal verscharrt worden waren. Im Oktober hatte das Tageblatt ähnliche Bilder von an-

deren Höfen gedruckt. Hatte die Veterinärinspektion beim ersten Fall noch die Medienhysterie kritisiert, so reagierte Verwaltungsdirektor Arthur Besch im Oktober anders: Er schickte seine Inspektoren zu den betroffenen Betrieben und gab gegenüber dem Tageblatt zu Protokoll: "Mir hunn ni genuch Leit fir alles seriö ze maachen". Weil aber kurzfristig kein neues Personal eingestellt werden konnte, wurde die Veterinärinspektion umorganisiert. Statt dass sich, wie bisher, jeder Inspektor um alles kümmert, sind die Verantwortlichkeiten klar aufgeteilt. Ein Inspektor ist nun ausschließlich für das Wohlergehen und die Gesundheit der Tiere zuständig.

Doch nicht nur die staatlichen, auch die freiberuflichen VeterinärInnen waren wegen Friesingen ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Zweimal jährlich müssen die TierärztInnen für jeden Hof, den sie betreuen, einen Bericht verfassen. Im Fall Friesingen schickte der Tierarzt eine Art Gefälligkeitsbericht an die Veterinärinspektion, statt auf die Missstände hinzuweisen. "Es ist schwierig für uns, gegenüber dem Bauern, also dem Kunden, einen negativen Bericht zu rechtefertigen", erklärt Christiane Vaessen, Sekretärin der "Lëtzeburger Groussdéirepraktiker" (LGP) gegenüber der woxx. Deshalb fordert ihre Vereinigung mehr zufällige Kontrollen. "Damit der Veterinär sagen kann: Ich muss es aufschreiben, denn bei einer Kontrolle bin ich haftbar, wenn ich etwas beschönigt habe." Derzeit fänden die meisten Kontrollen erst statt, wenn ein Problem gemeldet werde.

Félix Wildschutz von der Veterinärverwaltung dagegen versichert, es würden zehn bis zwanzig Höfe pro Woche kontrolliert. Bei 2000 Betrieben insgesamt macht das jährlich weit über 25 Prozent aus. Aber: "Vielleicht waren wir in der Vergangenheit zu entgegenkommend, haben zu viel mit den Bauern verhandelt", fragt sich der "vétérinaire officiel". Christiane Vaessen sieht das gleiche Problem bei den Freiberuflern: "Die Tierärzte haben wohl manchmal geglaubt, was der Bauer ihnen erzählt hat, ohne es nachzuprüfen." Gefälligkeitsberichte zu schreiben, sei aber unentschuldigbar. "Normalerweise ist der Bauer unser Kunde, doch diese Berichte sind eine Dienstleistung in staatlichem Auftrag."

"Offene Türen" ...

... rannte der ADR-Abgeordnete Aly Jaerling bei Innenminister Jean-Marie Halsdorf ein, als er die Klassierung einer "zone verte interurbaine" zwischen dem Zentrum und dem Süden verlangte. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage Jaerlings bezüglich der Folgen des Baus eines Ikea-Kaufhauses im belgischen Sterpenich teilt der Minister die Sorge, dass im Sog der dort entstehenden Industriezone "eine gewisse Verlockung" entstehen könnte, auf Luxemburger Seite ebenfalls ein Gewerbegebiet anzulegen. Jaerling spielte dabei auf den ehemaligen Bürgermeister von Steinfort, Jean Asselborn, an. Der jetzige Regierungskollege von Halsdorf hatte konkrete Pläne in diese Richtung entwickelt. Halsdorf will hier die Bremse ziehen und zunächst einmal in der Regierung abklären, in welcher Reihenfolge die verschiedenen sektoriellen Pläne aufgestellt werden sollen. Noch nicht aufgegeben haben indes der Mouvement Ecologique und zwei betroffene Gemeinden, die beim belgischen Staatsrat gegen die Ikea-Genehmigung Einspruch erhoben haben. In acht Kilometern Entfernung von der nächsten größeren Ortschaft sollen nämlich weitere Betriebe angesiedelt werden. Ikea ist demnach lediglich die Spitze eines Eisbergs, der eine gewachsene Kulturlandschaft zerstört.

Front gegen Frieden

In der Opposition sieht die Welt anders aus. Das scheint die DP zu entdecken, die sich fünf Jahre lang zu gesellschaftspolitischen Fragen ausgeschwiegen hatte. Seit der Wahlniederlage haben die DP-PolitikerInnen ihren ehemaligen Verbündeten Luc Frieden ins Visier genommen. Jüngste Attacke: Per Communiqué kritisieren sie die Aussage des Justiz- und Polizeiministers, die Furcht vor Überwachungskameras sei großer Blödsinn. Die DP sei zwar nicht prinzipiell gegen eine Kameraüberwachung, nehme allerdings die Sorgen der Bürger sehr ernst.

Das Zitat, an dem sich die DP reibt, stammt aus einem Luxemburger-Wort-Artikel vom 17. November über eine Tagung zur Sicherheit in den Gemeinden. Der Minister soll dort ebenfalls zum Besten gegeben haben, dass viele Asylbewerber ihr Statut missbrauchen würden. Das DP-Communiqué verschweigt, dass im gleichen Beitrag der liberale Paul Helminger zitiert wird: "Wenn sechs Schwarze vor einer Kneipe stehen, ist das kein Vergehen. Viele Menschen haben trotzdem Angst." Hier könne man, so Paul Helminger, auf "Platzverweise" zurückgreifen.

Nächste Woche:

Heiße Luft bei Lissabon

Bis 2010 will Europa zur weltweit führenden Wirtschaftsmacht werden. Doch die so genannte Lissabon-Agenda stagniert. Hinter den Kulissen tobt ein Richtungsstreit. Luxemburgs EU-Präsidentschaft soll helfen, den Prozess neu anzuschieben.

Wilde Viecher

Ein ganzes Rudel von Wildschweinen hat am vergangenen Montag den Flugverkehr auf dem Findel lahm gelegt. Flüge mussten umgeleitet oder gestrichen werden. Das Borstenvieh war auf der Flucht vor Jägern. Einige Schwarzkittel wurden - weil sie partout nicht weichen wollten - einfach abgeknallt.

Raue Sitten: In der woxx-Redaktion ging danach gleich die Befürchtung um, die Ordnungskräfte könnten auch in Zukunft gegenüber "widerborstigen" DemonstrantInnen auf eine "schnelle Lösung" setzen. Ein woxxi dachte sogar, als er den Namen "Schwarzkittel" hörte, an katholische Priester, die man auf dem Flughafengelände erschossen habe. Da ginge der Laizismus nun doch etwas zu weit. Der woxx-Fotograf kann übrigens ein Lied singen von der unliebsamen Bekanntschaft mit Wild: Vor einigen Monaten lief ihm ein Reh ins Auto. Das unglückliche Tier verendete an Ort und Stelle. Fragt sich nur, ob es vielleicht auf dem Weg zum Flughafen war.



(renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoes • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Corinne Saghuber (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 8.30 - 12.00 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxembourg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 65 € (Ausland zzgl. 26 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 25 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel. 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam Gréngespuun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79